

Mit Mut und Zuversicht in das neue Jahr

Von Horst Parton, Vorsitzender der ISOR e.V. und
Vizepräsident des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden

Mit zunehmendem Lebensalter erscheint es mitunter so, als würde sich die Zeit beschleunigen und fast schon erstaunt nimmt man zur Kenntnis, dass wieder ein Jahreswechsel vollzogen ist.

Im vor uns liegenden Jahr 2010 wird in Deutschland bereits der 20. Jahrestag der staatlichen Wiedervereinigung begangen werden.

Trotz aller Fortschritte, die dank der Leistungen der Menschen in Ost und West erreicht wurden, kann vom »Zusammenwachsen, was zusammen gehört« nicht die Rede sein. Der Prozess der Vereinigung, der sehr schwierig und kompliziert verläuft, war von Anfang an auch mit der sozialen Abstrafung vieler ehemaliger DDR-Bürger, die sich politisch, geistig und kulturell engagiert hatten, verbunden.

Was eine fragwürdige Siegerjustiz nicht zu leisten vermochte, wird durch ein flächendeckendes Netzwerk geschichtsfälschender Erinnerungsindustrie und die meinungsbildenden Medien mit propagandistischem Sturmgeleit inszeniert. Je weiter die DDR entrückt, umso energischer wird versucht, jede positive Erinnerung an sie in den Hirnen der Menschen auszulöschen.

Wir gehören nicht zu jenen, die die DDR nostalgisch verklären wollen. Sie ist aus objektiven und subjektiven Gründen gescheitert. Trotzdem erwarten wir Respekt vor der Lebensleistung jener Menschen, die mit dem Aufbau und der Verteidigung der DDR eine Alternative zu Krieg, Faschismus und zum kapitalistischen Ausbeutungssystem schaffen wollten und dabei vieles erreicht haben, was in einem vereinten Deutschland bewahrenswert gewesen wäre. Solange es die DDR gab, konnte von deutschem Boden kein Krieg ausgehen.

1994 begrüßte Heiner Müller vor dem Eisernen Vorhang des »Berliner Ensembles« die Teilnehmer einer Veranstaltung der »Alternativen Enquete-Kommission Deutsche Zeitgeschichte«, die zu einer Diskussion zwischen ehemaligen Geheimdienstchefs beider deutscher Staaten eingeladen hatte.

Er sagte damals: »... Sie sehen, ich stehe vor dem sogenannten Eisernen Vorhang. Wir alle

haben diesen Vorhang von verschiedenen Seiten fast 50 Jahre lang gesehen. Ein Stück von Brecht endet mit dem Satz »Vorhang zu und alle Fragen offen«. Heute kann ich sagen, Vorhang auf und alle Fragen offen.«

Angesichts der derzeitigen globalen Finanz- und Wirtschaftskrise wird mehr denn je deutlich, dass der Kapitalismus nicht das Ende der menschlichen Vernunft sein kann. Keines der großen Menschheitsprobleme ist – wie die vor wenigen Tagen gescheiterte Umweltkonferenz in Kopenhagen verdeutlicht hat – in einem System zu lösen, das die hemmungslose Bereicherung Einzelner auf Kosten der Allgemeinheit zur Voraussetzung hat.

Die Bundestagswahlen vom September vergangenen Jahres haben zu einer Regierungskoalition geführt, die den Interessen des deutschen Finanzkapitals am besten gerecht wird. Diese steht jetzt vor der unlösbaren Aufgabe, ihre unseriösen Wahlversprechen einzulösen. Die milliardenschwere Sanierung von Pleite-Banken und zusätzliche Steuergeschenke für die Besserverdienenden führen zu einer rapide wachsenden Staatsverschuldung.

Die Zeche bezahlen mal wieder die »Kleinen«. Die schwarz-gelbe Bundesregierung setzt alles daran, mit dem Solidaritätsprinzip Schluss zu machen, da es angeblich überholt und zu teuer sei.

Die Starken sollen nicht mehr für die Schwachen, die Gesunden nicht mehr für die Kranken und die Jungen nicht mehr für die Alten einstehen. Dafür gibt es aber Steuergeschenke für Unternehmen und Bessergestellte.

Denen, die viel haben, soll noch mehr gegeben und denen, die wenig haben, noch mehr genommen werden.

Viele ostdeutsche Rentner trifft das besonders hart, weil u.a. Überführungslücken nicht geschlossen sind.

In diesem Zusammenhang erklärte der Bundesinnenminister de Maiziere am 21. Dezember 2009 in der Mitteldeutschen Zeitung, die Regierung werde sich noch einmal mit den Gruppen von Ostrentnern befassen, die als Angehörige

Vorstand und Geschäftsstelle bedanken sich für die vielen guten Wünsche, die uns anlässlich des Jahreswechsels von den TIG-Vorständen, Mitgliedern und Sympathisanten sowie von Vereinen und Verbänden erreichten.

bestimmter Berufsgruppen durch die deutsche Einigung Nachteile erfahren hätten.

Wörtlich: »Aber ich sehe nicht, dass wir da zu großen Veränderungen kommen werden«. Er fügte hinzu, wenn man dort etwas mache, reiße man neue Gräben auf. »Ich glaube, das Kapitel müssen wir allmählich abschließen.«

Hier macht der Minister die Rechnung ohne den Wirt. Wir werden gemeinsam mit den Sozialverbänden und in Solidarität mit allen Betroffenen nicht eher Ruhe geben, bis die Rentengerechtigkeit hergestellt und die Versorgungsbenachteiligung überwunden ist.

Vor der »kleinen Bundestagswahl« in Nordrhein-Westfalen am 9. Mai 2010 werden geplante Einschnitte in die Sozialsysteme zur Sanierung der Staatsfinanzen noch unter Verschluss gehalten. Die zu erwartenden sozialen Grausamkeiten und Zumutungen können nur durch die Organisierung einer starken solidarischen Protestbewegung aller Betroffenen abgewehrt werden. Vor allem den Gewerkschaften kommt hierbei eine besondere Rolle zu. Die oppositionellen Parteien im Bundestag sind aufgefordert, sich klar zu positionieren. Große Erwartungen und Hoffnungen setzen wir in das Wirken der aus den Bundestagswahlen 2009 gestärkt hervorgegangenen Partei DIE LINKE.

Unsere Organisation sieht sich als Teilnehmerin der Kämpfe um soziale Gerechtigkeit und als eine Vertreterin der benachteiligten Ostdeutschen. Deshalb haben wir die Initiative eines Bündnisses von vier großen Gewerkschaften und drei bedeutenden Sozialverbänden aktiv unterstützt, mit der eine gerechte Rentangleichung Ost an West eingefordert und die Bundeskanzlerin an ein in Leipzig abgegebenes Versprechen erinnert wird. Der Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Frau Dr. Ursula von der Leyen, werden demnächst nahezu 100.000 Unterschriften übergeben werden, mit denen das Verdi-Modell zur Rentangleichung unterstützt wird. Die Vertreter des Bündnisses haben sich der Regierung gegenüber gesprächsbereit gezeigt, aber zugleich unterstrichen, dass eine Rentangleichung als Nullsummenspiel, ohne Verbesserung von Rentenleistungen für Ostdeutsche nicht akzeptiert wird.

ISOR führt seinen Kampf gegen das Rentenstrafrecht nicht losgelöst vom generellen Anliegen der Herstellung von Rentengerechtigkeit, der Beseitigung von Versorgungsunrecht und dem übergeordneten Kampf um soziale Gerechtigkeit. Allein die Einführung von Mindestlöhnen

» » » Fortsetzung auf Seite 2

➤➤➤ Fortsetzung von Seite 1

würde völlig neue Spielräume für die Rentenversicherung eröffnen.

Mit der Kraft solidarischer Organisationen können auch kleinere Rentenverbesserungen erreicht werden, wie die Anerkennung von Zulagen und Zuschlägen für ehemalige Volkspolizisten im Land Brandenburg beweist. ISOR ist aktiv beteiligt, dieses Beispiel auf alle Länder und die ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR zu übertragen.

Schwerpunkt und spezifische Zielstellung unserer Arbeit bleibt natürlich die Beseitigung der diskriminierenden Regelungen der §§ 6 (2) und 7 des AAÜG. Auf diesem langwierigen und steinigen Weg sind wir im letzten Jahr weiter voran gekommen. Unsere Vertreterversammlung vom 6./7. November 2009 konnte die Bilanz angestrebter Arbeit ziehen und ihre Entschliebung ist Richtschnur des weiteren Handelns.

Unsere Zuversicht gewinnen wir aus der Tradition und den Erfahrungen unseres seit mehr als 18 Jahren geführten Kampfes um soziale Gerechtigkeit und den dabei erreichten Erfolgen. Die Straffrenten für die ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR sind zum großen Teil beseitigt bzw. für die ehemaligen Angehörigen des MfS abgemildert worden. Unser Dank und unsere Anerkennung gebührt allen, die zu diesen Erfolgen beigetragen haben

In unserem weiteren juristischen Kampf bauen wir darauf, dass die Rechtsordnung der BRD auf einem Grundsatz beruht, der die Würde des Menschen als unantastbar bestimmt und der Gleichheitsgrundsatz für alle Bürger tragendes Prinzip ist. Beim Geltendmachen unserer Ansprüche stehen wir auf dem Boden des Grundgesetzes.

Die bisher vorliegenden sozialgerichtlichen Entscheidungen nach dem 2. AAÜG-ÄndG zeigen einerseits, dass das politisch Opportune oft stärker ist als die juristische Argumentation. Andererseits zeigen sich bei den Sozialgerichten teilweise realistische Einstellungen zum Rentenstrafrecht in seinen sozialpolitischen Dimensionen.

Nachdem in drei Verfahren in der 1. Instanz die Sprungrevision und durch ein Landessozialgericht in der 2. Instanz die Revision zugelassen wurde, sind nun die Revisionen beim Bundessozialgericht (BSG) eingereicht. Egal, wie die Entscheidungen des BSG ausfallen, wir haben unter Ausschöpfung des Rechtsweges die Tür für einen erneuten Gang zum Bundesverfassungsgericht (BVerfG) aufgestoßen. Dem BVerfG werden auf der Grundlage des sozialwissenschaftlichen und des verfassungsrechtlichen Gutachtens neue rechtserhebliche Tatsachen auf den Tisch gelegt. Die beim BVerfG anstehende Entscheidung zu § 6 (2) AAÜG wird erwartet.

Mehr als 73.500 Mitglieder und Sympathisanten von ISOR haben mit ihren Unterschriften auch gegenüber dem Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages nachdrücklich die Beseitigung des Rentenstrafrechtes gefordert und damit die juristische Auseinandersetzung wirksam unterstützt. Wir werden diese Unterschriften in Kürze dem Petitionsausschuss übergeben. Er wird zu entscheiden haben, wie er damit umgeht und darauf antwortet.

Verfassungsrichter und Petitionsausschuss sind gleichermaßen gefordert, die Gültigkeit des Grundgesetzes für alle Bürger zu dokumentieren und Rechtsstaatlichkeit gegen staatliche Willkür zu verteidigen.

Im Kampf um soziale Gerechtigkeit und für die Erhaltung des Sozialstaates ist unsere geschlossene Haltung, unsere Solidarität ein objektives Erfordernis. Dazu gibt es keine Alternative.

Wie immer findet die Politik Gründe, warum die Rentnerinnen und Rentner erneut zurückstehen müssen. Dagegen werden wir uns gemeinsam mit den Sozialverbänden und dem Ostdeutschen Kuratorium von Verbänden mit allen legalen Mitteln wehren.

Das setzt starke soziale Verbände und die sachbezogene solidarische Zusammenarbeit voraus. Das trifft auch auf unsere Initiativgemeinschaft zu. Unser Einfluss auf die Politik wächst mit der Mitgliederzahl. Um erfolgreich unseren sozialen Kampf zu führen, ist es besonders wichtig, neue Mitglieder zu gewinnen. Viele Betroffene wissen noch nichts von der Existenz unserer Initiativgemeinschaft. Sprecht eure ehemaligen Mitstreiter, eure Verwandten und Bekannten an, verweist auf unser Mitteilungsblatt »ISOR aktuell«, gebt es weiter und macht auch auf unsere Informationen im Internet (www.isor-sozialverein.de) aufmerksam.

Das Ende unseres Kampfes gegen das Rentenstrafrecht ist in greifbare Nähe gerückt. Wir haben berechtigte Hoffnung, dass dieser Kampf zu Gunsten der Betroffenen ausgeht.

Deshalb gilt es, in unseren Anstrengungen nicht nachzulassen, unsere Reihen geschlossen zu halten, nicht zu resignieren sondern nach vorn zu blicken.

Ganz in diesem Sinne wünschen wir uns gemeinsam und allen an der sozialen Front Kämpfenden ein erfolgreiches Jahr 2010. ■

Aus der Arbeit des Vorstandes:

Der Vorstand beschloss, die Übergabe der Unterschriftenlisten zur Sammelpetition gegen das Rentenstrafrecht (aktueller Stand: 73.509 Unterschriften) im Januar 2010 dem Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages in einem Schreiben offiziell anzukündigen und zugleich eine öffentliche Anhörung einzufordern.

★

Der Vorstand nahm zur Kenntnis, dass das Landessozialgericht Berlin/Brandenburg in einem Verfahren nach § 7 AAÜG die Revision zugelassen hat. Damit ist auch in diesem Verfahren der Weg zum Bundessozialgericht frei.

★

Bei der Anerkennung der Zulagen und Zuschläge für die Rentenberechnung haben sich die Fronten verhärtet, nachdem die Versorgungsträger mit Ausnahme der Landespolizeidirektion Brandenburg eine ablehnende Position bezogen haben. Damit wird vermutlich erst eine erneute Entscheidung des Bundessozialgerichtes für Klarheit sorgen müssen.

★

Information des Vorstandes über DGB-Konferenz

Am 9. Dezember 2009 fand in Hamburg die seniorenpolitische Konferenz des DGB unter dem Leitsatz »Soziale Gerechtigkeit für alle Genera-

tionen« statt. Daran nahmen auf Einladung des Bundesvorstandes des DGB die Mitglieder des Vorstandes Dr. Rainer Rothe und Peter Speck teil. Im Mittelpunkt stand der Eröffnungsvortrag von Annelie Buntenbach, Mitglied im Geschäftsführenden Bundesvorstand des DGB. Anschaulich bewies sie, wie sich die Lebensumstände älterer Menschen vor allem durch die Rentenkürzungen der vergangenen Jahre zusehends verschlechtern und eine neue Altersarmut droht, ein Problem, das viele bereits für überwunden glaubten.

Zusätzlich führen die sogenannten Gesundheitsreformen, nach denen die Gesundheitsversorgung immer stärker aus der eigenen Tasche finanziert werden muss, zu einer Schmälerung des Renteneinkommens. Durch die Sparpolitik würden nötige Investitionen in die öffentliche Infrastruktur unterlassen, wohnortnahe Einkaufsmöglichkeiten und bezahlbare Kultur- und Bildungsangebote sind Mangelware geworden. Im Moment stehe die gesetzliche Rentenversicherung trotz Krise noch gut da, aber zunehmend wird von der neoliberalen Politik die Losung propagiert: Wer auf die gesetzliche Rente setzt ist von gestern – die Zukunft gehöre angeblich dem Kapitalmarkt und der privaten Lebensversicherung.

In allen Industriestaaten hat die Krise die Rendite bei der kapitalgedeckten Alterssicherung abstürzen lassen. Das zeige klar, die Pri-

➤➤➤ Fortsetzung auf Seite 3

➤➤➤ Fortsetzung von Seite 2
vatisierung der Alterssicherung ist der falsche Weg. Die schwarz-gelbe Koalition biete bisher keine Lösungen für die drohende Altersarmut und zunehmende Altersdiskriminierung. Nicht zuletzt die für das Jahr 2010 prognostizierten 700.000 zusätzlichen Arbeitslosen werden den Sozialversicherungssystemen sehr zu schaffen machen.

Annelie Buntenbach betonte, der »DGB will Politik auch für und mit Senioren. Die Senioren-

politik ist als solche explizit in der Satzung verankert.« Sie forderte engagierte und lautstarke Seniorinnen und Senioren und vor allem: Solidarität. Dem Kongress wurde das »Hamburger Modell für regionale DGB-Seniorenpolitik« vorgestellt. Es enthält vor allem Grundsatzaufgaben der Koordinierung seniorenpolitischer Aktivitäten zur Verwirklichung eines Alters ohne Not und ein Miteinander der Generationen. Die spezifischen Fragen der Rente Ost – einschließlich des Rentenstrafrechts – waren kein gesondertes

Thema des Kongresses, aber in die Forderung nach solidarischem Handeln für soziale Gerechtigkeit mit eingebunden.

Der Vorstand wertet die Einladung des Bundesvorstandes des DGB zu der Konferenz als Anerkennung der sozialpolitischen Aktivitäten von ISOR und die Bereitschaft zur schrittweisen Kooperation. Er empfiehlt, die Möglichkeit einer territorialen Zusammenarbeit im Rahmen sozialer Initiativen zu verstärken. ■



Zur Jahresabschlussversammlung der TIG **Schwerin** war die Erwartungshaltung der Mitglieder groß, über wesentliche Aussagen und Impulse der Vertreterversammlung am 6./7. November informiert zu werden.

TIG-Vorsitzender Lothar Voigt trug dazu Abschnitte aus dem Referat des Vereinsvorsitzenden vor und verband dies mit der Bilanz von Aktivitäten sowie Arbeitsergebnissen unserer TIG – u.a. wurden 20 neue Mitglieder gewonnen.

Das mit eindeutigem Votum wiedergewählte Vorstandsmitglied Siegfried Felgner (zugleich Landesbeauftragter) referierte sodann zum Komplex des erreichten Standes der juristischen Auseinandersetzung zur Verfassungsmäßigkeit des § 7 AAÜG sowie des weiteren Vorgehens mit dem Ziel der Beseitigung des Rentenstrafrechts. Nachfragen gab es zur Mandantenauswahl, zum Verfahrensprozedere, zur Terminierung und zu richterlichen Begründungen. Im Ergebnis der Diskussion wurde festgelegt, dem Wunsch der Mitglieder entsprechend, die neuen rechtserheblichen Tatsachen – resultierend aus dem sozialpolitischen Gutachten – in komprimierter Form mit der nächsten Quartalsinformation zu übergeben.

Von unseren TIG-Mitgliedern delegiert, konzertierte ich mich darauf, aus der Sicht eines Gruppenbetreuers – meine Gruppe umfasst 17 Mitglieder – Erfahrungen und Akzente der Vertreterversammlung für diese Säule der Vereinsarbeit darzulegen. Das auch vor dem Hintergrund, dass in unserer TIG 42 Betreuerinnen/Betreuer – viele bereits langjährig – ihre anerkannte ehrenamtliche Tätigkeit als Bindeglied zwischen Vorstand und Mitglied leisten. Was habe ich aus Berlin mitgenommen, was habe ich weitergegeben? Zu allererst meine Einschätzung, dass die Konferenz von einer hohen Sachlichkeit, von Kompetenz, Geschlossenheit und Zuversicht in den Erfolg unseres Kampfes geprägt war.

A und O der Betreuertätigkeit ist und bleibt der persönliche Kontakt zu jedem einzelnen Mitglied. Wichtig ist hierbei, Argumente für die ziel-

gerichtete und erfolgreiche Fortsetzung unseres auf dem Boden des Grundgesetzes basierenden Ringens um Beseitigung des Rentenstrafrechts zu vermitteln. Gleichwohl sollten wir dabei immer realistisch bleiben und keine Illusionen zulassen. Ebenso sind Geduld und Vertrauen in das anwaltliche Vorgehen erforderlich. Zu verdeutlichen ist, dass alle bisherigen Ergebnisse und Fortschritte vor allem der Organisiertheit und solidarischen Geschlossenheit unseres Sozialvereins geschuldet sind. Zu würdigen ist die besondere solidarische Verbundenheit und Unterstützung durch die Mitglieder, die bereits eine Rente bis zur Beitragsbemessungsgrenze erhalten, ebenso die uns bereits aus prinzipiellen rechtsstaatlichen Gründen nahe stehenden Sozialverbände und die Partei DIE LINKE. Hellhörig und sensibel ist daher auf Einzelmeinungen von Resignation bis Austritt zu reagieren. Stärkung unserer Kampfkraft erfordert daher, fortwährend zu prüfen, welche noch abseits stehenden ehemaligen Angehörigen durch wen angesprochen und als Mitglied unseres Sozialvereins zu gewinnen sind. Es gibt noch genügend Außenstehende und ein geäußertes Nein muss nicht endgültig sein! Abschließend: Die solide Finanzlage von ISOR ist und bleibt Ergebnis wie Ansporn für alle Betreuer, die Beitragskassierung zuverlässig fortzuführen und die Spendenbereitschaft zu befördern. **Karl Bachmann**

★

Seit nun mehr elf Jahren tourt die Wandergruppe der TIG **Leipzig** durch die Lande.

Wir zählen jetzt 52 aktive Mitglieder (begonnen haben wir mit 11 Freunden) wovon im Schnitt 37 Wanderfreudige an den Veranstaltungen teilnehmen, obwohl wir schon bei einem Altersdurchschnitt von 72 Jahren angekommen sind. Sieben Mitglieder der Gruppe haben an allen Veranstaltungen teilgenommen.

Auf unseren Wandertouren und Exkursionen erkunden wir unsere nähere Heimat in Sachsen. Wir wagen uns aber auch in andere Bundesländer.

Der nun schon hohe Altersdurchschnitt erlaubt aber leider nicht mehr alles, trotzdem, alle sollen teilhaben. Deshalb nehmen wir auch Ausstellungen, Zoobesuche, Bus und Dampferfahrten mit Werksbesichtigungen für das geistige und körperliche Fithalten wahr.

Nicht missen möchten wir den schönen Brauch, nach Abschluss einer Aktivität, das gemeinsame Mittagessen, sowie den Jahresausklang bei Kerzenschein mit Ausblick auf das neue Wanderjahr.

Das Verlangen nach

- Gedankenaustausch;
- sich wieder zu sehen;
- gemeinsam etwas zu erleben;
- sich freuen und zu lachen

hält uns zusammen und baut uns immer wieder auf im gemeinsamen Kampf gegen das Rentenstrafrecht.

Reinhold Behrends

★

Am 15. Dezember kam es zu einem bemerkenswerten Treffen im Bereich Oberspreewald der TIG **Berlin-Treptow**. Eingeladen war Eberhard Rebohle, Autor des gerade erschienenen Buches »Rote Spiegel«.

Er berichtet darin über seine Zeit beim Wachregiment des MfS in den sechziger Jahren, über die Ausbildung und die vielfältigen Aufgaben dieser Einheit. Es war ein sehr persönlicher und sachlicher Bericht, wohlthuend angesichts der von den Medien in den letzten Wochen entfesselten Hysterie, die auch vor im Wachregiment Wehrdienstleistenden nicht Halt machte. Viele Interessierte waren gekommen, nicht nur aus Oberspreewald, auch aus dem Umland, ehemalige Kommandeure des Regiments und Freunde des Autors. So waren mit Generalmajor a.D. Manfred Döring, Oberst a.D. Klaus Zeiniger und Oberst a.D. Dr. Bernd Schmidt auch die letzten Verantwortlichen des Wachregiments anwesend, ebenso Dr. Tybl, der das Buch ausführlich in der JUNGEN WELT am 23.11. 2009 rezensiert hatte, und Dr. Rainer Rothe vom ISOR-Vorstand. Für manche der etwa sechzig Teilnehmer war es ein ermutigendes Wiedersehen nach langer Zeit. Es ging aber nicht nur um Erinnerung, sondern um die Auseinandersetzung mit geschichtsver-

➤➤➤ Fortsetzung auf Seite 4

➤➤➤ Fortsetzung von Seite 3

fälschenden Darstellungen in der Gegenwart. Am Ende der Veranstaltung hatte Eberhard Rebole die Hände voll zu tun, um die zahlreichen Autogrammwünsche zu befriedigen.

Dr. Rudolf Turber

*

Am 28. November trafen wir uns zu unserer Jahresversammlung der TIG Dresden. Im Mittelpunkt unserer Beratung stand die Auswertung der ISOR-Vertreterversammlung vom November vergangenen Jahres in Berlin. Große Beachtung und Genugtuung fand bei unseren Mitgliedern die Teilnahme von Leitern der bewaffneten Organe der DDR an der Konferenz als Ausdruck der Solidarität mit unserem Verein.

Wir konzentrierten uns besonders auf den ersten Teil der Entschließung der Vertreterversammlung, dem Erhalt unserer Mitgliederstärke und der Gewinnung neuer Mitglieder für unseren Kampf. Wir haben uns vorgenommen, neue Kampfgefährten besonders in unseren Familien zu gewinnen und unsere persönlichen Verbindungen zur Mitgliedergewinnung noch stärker zu nutzen.

Fest steht, dass wir besonders um jene Mitglieder ringen müssen, welche sozusagen auf der Zielgeraden den Kampf um Rentengerechtigkeit aufgeben wollen. Durch unterschiedliche Initiativen werden wir dafür sorgen, unsere Kampfbereitschaft zu stärken und unseren Zusammenhalt untereinander weiter zu festigen. Die bisher erreichten juristischen Ergebnisse im Kampf um Rentengerechtigkeit für unsere Vereinsmitglieder geben uns den begründeten Optimismus, in unseren Bemühungen nicht nachzulassen.

Einen weiteren Schwerpunkt bildete die Unterschriftensammlung für die Massenpetition an den Deutschen Bundestag. Mehr als drei Unterschriften je Mitglied ist unser Beitrag. Es hätten mehr sein können, das bewiesen unsere Besten. Wir konnten dabei oft mit Freude feststellen, dass die Unterstützung für unser Anliegen größer ist, als wir manchmal annehmen.

Wir bedankten uns bei unseren Gästen aus den Sozialvereinen und Verbänden für ihre solidarische Haltung und sicherten ihnen auch künftig unsere weitere Unterstützung zu.

Die Teilnehmer unserer Veranstaltung unterstützen spontan die Initiative der Gewerkschaften, der Volkssolidarität und der Sozialverbände »Aufruf für eine gerechte Rentenangleichung in den neuen Bundesländern« mit ihrer Unterschrift. Inzwischen wurden die Unterschriftenlisten an die Volkssolidarität Dresden übergeben.

Andreas Bendel

*

Die TIG **Bischofswerda** führte am 12. Dezember eine Mitgliederversammlung zur Auswertung

der Vertreterversammlung durch, an der als Gastredner das Beiratsmitglied Dr. Dieter Lehmann teilnahm. Die Versammlung war gut besucht und alle Anwesenden stimmten dem Inhalt der Ausführungen zu. Danach wurde einstimmig eine Willenserklärung beschlossen, in der zum Ausdruck gebracht wird, dass die Mitglieder der TIG Bischofswerda voll hinter dem Wortlaut der in der Entschließung festgelegten Aufgabenstellungen stehen und sie jederzeit in die Tat umsetzen, um die Beschlüsse mit Leben zu erfüllen, insbesondere

dafür zu wirken, dass ihre jetzige Mitgliederstärke von Bestand bleibt und neue Mitglieder für ISOR bis zur ehemaligen Mitgliederstärke neu gewonnen werden,

Kontakte zu Vereinen, Verbänden, Organisationen und demokratischen Parteien herzustellen bzw. auszubauen,

im Kampf gegen das Rentenstrafrecht, für die Angleichung der Löhne, Gehälter und Renten zwischen Ost und West, die Einführung von Mindestlöhnen und einer Grundversorgung, die Abschaffung der Rente mit 67, sowie für die Beseitigung des Hartz-IV-Unrechts einzutreten,

der immer intensiveren Verfälschung deutscher Geschichte und insbesondere der Geschichte der DDR, gegen Kriminalisierung auch einzelner ihrer Organe, insbesondere ihrer Schutz-, Sicherheits- und Rechtspflegeorgane entgegenzutreten, die vielfach zur Begründung politischer Ausgrenzung von Menschen und pauschal des Rentenstrafrechts dienen ...

Dieter Rosenkranz

*

Zum Jahresende 2009 hatte der **Prenzlauer** TIG-Vorstand sowohl die Mitglieder als auch die Ehepartner zu einer Mitgliederversammlung eingeladen. Bei Kaffee, Stolle und Kerzenschein drehten sich die Gespräche um die Unterschriftenaktion zur Unterstützung der Sammelpetition an den Bundestag sowie um die Ergebnisse der im November stattgefundenen Vertreterversammlung.

Mit der Unterschriftenaktion, so TIG-Vorsitzender Hans-Joachim Möllenberg, wurde ein beachtliches Ergebnis erzielt. Immerhin weisen die Listen die Unterschriften von 186 Uckermarkern aus – das 3,7-fache im Verhältnis zur Mitgliederzahl. Einige besonders aktive Mitglieder hatten sogar 29 bzw. 18 Unterzeichner gewinnen können.

Deutlich machte der TIG-Vorsitzende auch, dass nunmehr mit der nur noch verbleibenden juristischen Auseinandersetzung vor dem Bundesverfassungsgericht die letzte Etappe unseres Kampfes für die endgültige Beseitigung des Rentenstrafrechts begonnen habe. Mehr denn je sei dafür solidarisches aktives Mittun aller Vereinsfreunde gefragt.

Ein weiteres Thema war die Gestaltung eines interessanten Mitgliederlebens in der Gruppe.

In Augenschein genommen wurde dabei eine Grillparty im Sommer. Ein Angehöriger des Polizeischutzbereiches wird im März Tipps zur Sicherheit im Alltag der Senioren geben.

Benno Butschalowski

*

Am 03.12.09 haben die Mitglieder der TIG **Geithain** gemeinsam mit den Mitgliedern der TIG **Rochlitz** eine Auswertung der zentralen Vertreterversammlung vom 06./07. 11.09 in Berlin vorgenommen.

Die Vorsitzenden beider TIG haben in ihren Ausführungen eindrucksvoll das bisher Erreichte und die noch vor uns liegenden Aufgaben auf unserem steinigem Weg zur endgültigen Beseitigung des Rentenstrafrechts dargelegt.

Besonderes Interesse zeigten die aus beiden TIG fast vollständig anwesenden Mitglieder an den Inhalten des vorliegenden sozialwissenschaftlichen Gutachtens zu den Einkommensverhältnissen im MfS im Vergleich zu den anderen Schutz- und Sicherheitsorganen und zur Volkswirtschaft der DDR. Es wurde eingeschätzt, dass dieses Gutachten eine gute Grundlage für unseren unermüdlichen Kampf, auf welcher Ebene er auch geführt werde, sei.

Besondere Hochachtung sprachen die anwesenden Mitglieder auch dem Rechtsanwaltsbüro Bleiberg für das bisher Geleistete aus.

In der Diskussion setzten wir uns kritisch mit den Aussagen von Bundespräsident Horst Köhler im Gewandhaus Leipzig zu den angeblichen getroffenen Maßnahmen am 09. Oktober 89 auseinander. Die Mitglieder waren sich einig, dass ein Mann in einer derartigen Position wissen müsse, was er sagt.

Abschließend muss gesagt werden, dass auch bei unseren Mitgliedern die Bereitschaft besteht, unseren Kampf zur Erreichung von Rentengerechtigkeit fortzuführen. Die auf der Vertreterversammlung beschlossene Entschließung wird auch für uns Grundlage unserer weiteren Arbeit sein.

Reinhard Froberg

Auf dem Büchermarkt:

»Mit Leidenschaft und Verstand. Texte von **Wolfgang Hartmann (1929-2009)**«.

Wolfgang Hartmann war Mitbegründer und Sprecher des Insiderkomitees zur Förderung der kritischen Aufarbeitung der Geschichte des MfS. Er hat sich streitbar, kritisch und nachdenklich in der Auseinandersetzung um die historische Wahrheit über das MfS engagiert. Seine Mitstreiter erinnern in diesem Buch an wichtige Beiträge ihres 2009 verstorbenen Genossen.

(Verlag am Park in der edition ost, 180 S., 14.90 Euro)

Zu beziehen auch über Klaus Eichner, Dorfstraße 26a, 16833 Lentzke; Tel 033932-71751; E-Mail: keichner@t-online.de

AG Recht informiert:

Die Deutsche Rentenversicherung Bund weist alle Widersprüche gegen die Kürzung des Einkommens aus Zeiten der Zugehörigkeit zum Sonderversorgungssystem des MfS/ AfNS zurück. Danach ist der Klageweg eröffnet. Die Frist zur Klage beträgt einen Monat nach Zugang des Widerspruchsbescheides. Damit die Klage fristgemäß eingereicht werden kann, ist es erforderlich folgende Unterlagen, unverzüglich ins Anwaltsbüro zu übersenden:

- Vollständige Kopie des Rentenbescheides
- Kopie des Widerspruchs gegen den Rentenbescheid
- Kopie des Widerspruchsbescheides
- Kopie des Entgeltbescheides des Bundesverwaltungsamtes
- Kopie des ISOR-Mitgliedsausweises
- Zwei unterschriebene Vollmachtsformulare.

Aus der Postmappe:

Es stimmt mich stets sehr traurig, wenn ich erfahre, dass wieder mal Mitglieder aus unserem gemeinsamen Kampf ausgeschieden sind, da sie der Meinung sind, dass unser Kampf für sie nichts mehr bringt, sie haben ja alles erreicht.

Dazu habe ich all die Jahre seit 1992 durch meinen Beitrag und meine ehrenamtliche Tätigkeit als Kassierer und Hauptkassierer auch für alle anderen Mitglieder mitgekämpft.

Die Mitglieder, die ihren vorzeitigen Austritt erklären, lassen mich in meinem Kampf allein, dabei ist die Solidarität aller für die vom Rentenstraftrecht Betroffenen so wichtig.

Erinnert sei auch daran, dass unsere Initiativgemeinschaft auch durch ehemalige MfS-Angehörige gegründet wurde.

Ich kann mir nur wünschen, dass sich die Mitglieder vor ihrem Austritt etwas mehr Gedanken machen und bis zum Ende unseres Kampfes (so war es mal angedacht) Mitglied bleiben.

Gisela Schulz, Stralsund

★

Vor Jahren wurde eine Dresdner Historikerkommission mit dem Auftrag ins Leben gerufen, nach nunmehr fast 65 Jahren mit »wissenschaftlichen Methoden« die Opferzahl des Luftangriffes auf Dresden im Februar 1945 neu zu bestimmen. Von vornherein wurde die Behauptung aufgestellt, dass die von Walter Weidauer in seinem Buch »Inferno Dresden« festgestellten – und dokumentarisch untermauerten – 35.000 Toten nicht mehr haltbar seien. Welch gigantischer Aufwand, offensichtlich nur zu dem Zweck, Weidauer zu widerlegen – dessen Buch noch 1990 seine 8. Auflage erlebte – bzw. die Toten des 13./14. Februar um 10.000 zu verringern. Es ergibt sich die Frage, wem soll das nützen? Dieser und anderen Fragen bin ich nachgegangen.

Mitte Januar 2010 wird mein Buch »Angriff auf Dresdens Tote« im spotless -Verlag erscheinen. (96 Seiten, 5,95 Euro)

Die vorliegende aufschlussreiche Dokumentation basiert einerseits auf einem eigens dafür geführten Schriftverkehr mit Funktionsträgern der Stadt Dresden sowie Mitgliedern der Dresdner Historikerkommission und andererseits auf eigenen Recherchen in Dresden. Diese Recherchen konzentrierten sich insbesondere auf den Nachlass Walter Weidauers sowie das Studium des von der Historikerkommission selbst empfohlenen Buches »Dresden im Luftkrieg – Vorgeschichte – Zerstörung – Folgen« von Götz Bergander in einer Sonderausgabe des Jahres 1998. Insbesondere mit dieser Recherchearbeit will ich den Beweis dafür erbringen, dass die in vielfältigen Dokumenten eindeutig nachgewiesenen mindestens 35.000 Todesopfer der Bombardements auf Dresden im Februar 1945 eine unumstößliche Tatsache sind und der Auftrag der neuerlichen Historikerkommission offensichtlich einzig und allein darin besteht, die DDR, die sich im Gedenken immer auf diese Zahl bezog, allgemein und Walter Weidauer im Besonderen zu diskreditieren.

Obwohl nicht vordergründig, ist dieses Buch auch eine eindeutige Zurückweisung aller Versuche der Neonazis, die Bombardierung Dresdens als Bombenholocaust mit Hunderttausenden von Opfern darzustellen. Insofern ist es gerade in diesem Jahr hochaktuell!

Dieter Lämpe, Hoppegarten

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 16.12.2009

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 27.01.2010

Einstellung im Internet: 05.02.2010

Auslieferung: 11.02.2010

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Karl-Heinz Hypko

Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 20

Postanschrift: ISOR e.V. - Postfach 700423 - 10324 Berlin

e-mail: ISOR-Berlin@t-online.de

internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse
Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:
Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:
Jeden 1. und 3. Donnerstag d.M. von 15 bis 17 Uhr